

Indyk, Martin: Innocent Abroad. An Intimate Account of American Peace Diplomacy in the Middle East. Simon & Schuster: New York et al. 2009. 496 pp.

Ein überaus treffender Titel: „Einfältig im Ausland.“ Der Israeli David Levy bezeichnete die Nahostpolitik Washingtons als „amateurhaft“¹. Der Leser ist fürs erste verwirrt, es sei denn er konzentriert sich auf die permanenten politischen Fehlschläge in der Amtszeit George W. Bushs und übersieht dabei den massiven militärischen Gewalteininsatz bei Inkaufnahme der großen Zahl der Opfer in der Zivilbevölkerung und die Anwendung von Foltermethoden im Irak. In unserer schnelllebigen Zeit sollte daran erinnert werden, dass es Bill Clinton war, der den Iran mit Mohammed Khatami an der Spitze durch „active containment“ einbinden und Saddam Husseins Irak mit einer Politik des „aggressive containment“ in die Schranken weisen wollte. Am 23. Juni 1993 schossen amerikanische Kriegsschiffe 23 Tomahawk-Raketen vom Persischen Golf auf die Geheimdienstzentrale in Bagdad ab. Die katastrophale Politik Bushs im Irak war vorgezeichnet.

Martin Indyk wurde in London geboren, wuchs in Australien auf, wurde in den USA naturalisiert, war beim „American Public Affairs Committee (AIPAC)“ tätig, bevor er das „Washington Institute for Near East Policy (WINEP)“ gründete, diente zwischen April 1995 und September 1997 sowie zwischen Januar 2000 und Juli 2001 als Botschafter in Israel und arbeitet heute an der „Brookings Institution“. Mit fast quälender Treffsicherheit legt er die konzeptionellen Schwächen und die politische Hilflosigkeit der Ära Bill Clintons im Nahen Osten insgesamt und im besonderen bei der Suche nach einem syrisch-israelischen Friedensvertrag (Golanhöhen, Demilitarisierungszonen, Wasserrechte am See Genezareth, Frühwarnsysteme) – wie im Falle der Prinzipienklärung vom September 1993 blieb die US-Administration auch bei den Absprachen Yitzhak Rabins mit Syriens Hafez Assad außen vor, hat Dennis Ross berichtet² – sowie nach einem Schlussabkommen zwischen Israel und den Palästinensern offen.

Dabei rückten nach den Osloer Vereinbarungen die politische Zukunft Jerusalems und damit die religiösen Determinanten immer stärker in den Mittelpunkt. Vor allem hier zeigte sich einmal mehr der begrenzte Einfluss der selbsternannten Weltmacht auf das politische Führungspersonal beider

Seiten. Anstatt zu begreifen, dass im Nahen Osten die Politik von sozialen, politischen und ideologischen Dispositionen ihrer Führungseliten hängt, versteifte sich das Weiße Haus auf theoretische Lösungsmodelle. Zudem beschwerten undichte Stellen, die „das Legenselixier des politischen Lebens in Israel“ seien, den diplomatischen Austausch. Indyk fügt hinzu, dass die Rivalität zwischen Rabin und Peres der unter den arabischen Führern gleichgekommen sei. Sie schlug bis auf die Ebene der jeweiligen Berater durch.

Kennzeichnungen der Nahostpolitik Washingtons wie sträfliche Unterschätzung der Bedeutung von „Stolz, Würde und lokalen Rivalitäten“ im arabischen Raum, durchgängige „Naivität“, schwere taktische „Mängel“, „treuherzige Schlichtheit“, unverständlicher „Illusionismus“, grandiose „Torheit“, haarsträubende „Versäumnisse“, selbstverursachte „Schwäche“ bei der Durchsetzung eigener Ideen, durch Leichtsinns ausgelöste Beschädigung durch „Täuschungsmanöver“ der anderen Seite sowie eigene „Doppeldeutigkeiten“ bei der völkerrechtlichen Definition Ost-Jerusalems waren nach dem Urteil Indyks die Begleiter der amerikanischen Diplomatie. Diese Ambivalenz würde ihre Fortsetzung finden, wenn Barack Obamas Sondergesandter George J. Mitchell der israelischen Regierung tatsächlich zugesagt haben sollte, Benjamin Netanyahu aus der Forderung zu entlassen, den Siedlungsbau in Ost-Jerusalem einzufrieren. Die gleichzeitige Ankündigung, dass das Zugeständnis nicht auf neue Genehmigungen hinauslaufen dürfe, bricht sich an dem Faktum, dass lediglich vierzig Prozent aller Wohneinheiten der staatlichen Genehmigung unterliegen.

Das Verhältnis zu Israel ließ sich von ganz anderen Überzeugungen leiten. „Wir nahmen fälschlicherweise an, dass die nahöstlichen Akteure einschließlich unserer israelischen Friedenspartner, mit Erfolg unsere Bemühungen mit ihrem eigenen Vorteil verbinden würden, doch heraus kam ein höchst abweichendes Ergebnis. Doch wir zielten auf anderes ab“, schreibt Indyk und fährt fort: „Es war typisch für unsere Naivität, dass wir niemals erwarteten, Rabin würde den US-Einfluss [auf Hafez Assad] für seine eigenen Zwecke ausnutzen.“ Solche Betonungen haben den Autor nicht daran gehindert, seiner Verachtung für den „notorischen Lügner“ Arafat Ausdruck zu geben³. Seine Amtschefin Madeleine Albright ihrerseits

warf Barak vor, mit der Glaubwürdigkeit des Präsidenten sein Spiel zu treiben.

Indyk erinnert sich, Daniel C. Kurtzer als damaliger stellvertretender Leiter des Nahostbüros im State Department sei gemeinsam mit Aaron David Miller, der für Dennis Ross und Außenminister James Baker arbeitete, davon überzeugt gewesen, dass der arabisch-israelische Konflikt ohne die vorrangige Regelung der zentralen Problemlagen zwischen Israel und den Palästinensern nicht zu beenden sei und dass diese Kontinuität den autoritären Regimes den Vorwand liefere, ihre drängenden inneren Reformen immer wieder auf die lange Bank zu schieben. Doch auch in der Administration ließ die Bündelung intellektueller Kräfte und die Verteilung der Kompetenzen zwischen dem Weißen Haus und dem State Department zu wünschen übrig. Kurtzer, damals US-Botschafter in Kairo, hat an anderer Stelle darüber geklagt, dass ihm Washington die Zwischenergebnisse vom Gipfeltreffen in Camp David (11. bis 25. Juli 2000) vorenthielt, deren Übermittlung die ägyptische Diplomatie von ihm erwartete⁴. Alle Regierungschefs ließen selbst engste Mitarbeiter häufig im Dunkeln.

Dass die von einem arabischen Journalisten als die „fünf Rabbiner“ bezeichneten Mitglieder des Nahost-Teams Clintons – neben Kurtzer, Miller und Ross die Berater Samuel („Sandy“) Berger und Robert Malley; politisch nicht zufällig wird Dennis Ross⁵ ausgespart – Juden sind, hinderte weder arabische Regierungen noch Arafat daran, mit ihnen vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Eher waren es israelische Politiker und ihre amerikanischen Trabanten, die ihnen mit Misstrauen begegneten, weil sie sie als „natürliche“ Übermittler israelischer Botschaften in die Schaltkegel Washingtons hinein einsetzen wollten. Ähnlich und doch wieder anders erging es Arafat, der von den meisten arabischen Regierungen geschmäht und verachtet wurde – bis hin zu Hosni Mubaraks Wutausbruch Anfang Mai 1994, als er nach arabischen Beobachtungen den „Raís“ anherrschte, seine Unterschrift unter die Landkarten der Gaza-Jericho-Vereinbarung zu setzen: „Unterschreib endlich, Du Hund!“ Ihrerseits zeigten sich die „fünf Rabbiner“ davon überzeugt, dass ihre Loyalität Israel gegenüber darin besteht, dass seine Sicherheit vom Ende des Konflikts mit seinen arabischen Nachbarn abhängen werde.

Der strahlende Nimbus Clintons, das belegt der Diplomat Indyk schwergewichtig Seite um Seite seines Buches, brach sich an den eigenen Widersprüchen sowie an der beklagten Intransigenz Benjamin Netanyahus (1996 – 1999), Ehud Baraks (1999 – 2001) und Yasser Arafats (bis 2004); der Umgang mit den Perioden Ariel Sharons (2001 – 2005) und Ehud Olmerts (2005 – 2008) kommt beim Autor im Nachwort nicht besser davon. Sie alle schreckten das eine um das andere Mal nicht davor zurück, die Administration zu brüskieren und deren mangelnde Vertrautheit mit den Kabalen vor Ort zum Vorteil der persönlichen Selbstbehauptung zu wenden und weidlich auszunutzen. Schon nach der Ermordung Yitzhak Rabins Anfang November 1995 zeigte sich der US-Präsident nicht in der Lage, den Friedensprozess zu retten, betont der zwischen 1995 und 2001 zweimal als Botschafter seines Landes in Israel tätige Autor, der gegenwärtig das „Saban Center for Middle East Policy“ in der „Brookings Institution“ leitet.

Als dessen Direktor für die Politik im Nahen Osten legte Indyk 2003 die Idee einer Vormundschaft mit einem expliziten Mandat vor, einen unabhängigen, demokratischen palästinensischen Staat in fünfzig bis sechzig Prozent der Westbank (also in jenen Teilen, die durch die israelischen Siedlungen nicht vollständig „belegt“ sind) und des Gazastreifens (Jerusalem soll mithin ausgeklammert bleiben – nicht nur für Hanan Ashrawi der „Dreh- und Angelpunkt“ jeder auf Dauer ausgelegten Regelung⁶) zu schaffen, um Arafat und der Autonomiebehörde die Kontrolle zu entziehen und auf dieser Grundlage beide Parteien die endgültigen Grenzen aushandeln zu lassen⁷. Dabei ließ Indyk offen, ob diese Vormundschaft von den USA getragen oder dem UN-Sicherheitsrat überantwortet werden solle – der Autor neigte der eigenen Administration unter George W. Bush zu, weil nur sie das Vertrauen beider Seiten besitze – und welche wohl nicht unerheblichen Leistungen über die Bereitschaft zur Grenzziehung hinaus von Israel sei erbringen seien. So blieb es für Indyk dabei, dass die Vormünder dafür sorgen sollten, dass die Palästinenser ihre Verpflichtungen vor allem im Sicherheitsbereich gegen Terroristen erfüllen.

Diese kritischen Bemerkungen mindern nicht die Verantwortung Arafats für das Scheitern diplomatischer Fortschritte. Der Präsident der Autonomiebehörde, Vorsitzender der PLO und – wie er selbst zu betonen

nicht müde wurde – „ständige Vizepräsident der Organisation Islamischer Staaten“, trat, wenn ihm Entscheidungen abgerungen werden sollten, nach den Worten des syrisch-palästinensischen Politologen Yezid Sayigh, den Indyk als einen der schärfsten Beobachter der Arafatschen Psyche bezeichnet hat, die Flucht nach vorn an und stellte sich wie beim Ausbruch der zweiten „Intifada“, die nicht seine Schöpfung war, an die Spitze der palästinensischen Revolte. Kein anderer ausländischer Gast wurde so häufig im Weißen Haus empfangen wie er.

Clinton sei geradezu besessen gewesen, seine Amtszeit mit einem israelisch-palästinensischen Frieden abzuschließen und dadurch seine durch die Lewinsky-Affäre getrübt Präsidentschaft aufzuhellen, obwohl „Oslo“ zwischen Rabin und Arafat hinter seinem Rücken ausgehandelt worden war. Dieselbe Erfahrung musste Jordaniens König Hussein machen, worauf ihm Rabin vorhielt, er habe sich 1988 einseitig aus der Westbank zurückgezogen. Gleichwohl versprach ihm Israels Premier, Arafat keinen unabhängigen Staat zuzugestehen, worauf der König zur Eile drängte, einen Friedensvertrag abzuschließen, nicht zuletzt um eine Verständigung zwischen einer neuen rechtsgerichteten Regierung in Jerusalem und der PLO über die „jordanische Option“ zu verhindern – die Einbeziehung seines Königsreichs in einen Staat Palästina. Wie Jordanien fühlte sich auch Syrien durch Arafats Alleingang in Oslo nicht länger an die Unterstützung der palästinensischen Sache gebunden. Als Assad zum Friedensschluss endlich bereit war, hatte er nur noch wenige Tage zu leben, und Barak drohte aufgrund weitgehender Zugeständnisse, die er von Rabins und Netanyahus Geheimdiplomatie geerbt hatte, parlamentarisch ein Scherbenhaufen.

Der Autor räumt ein, dass die Vereinigten Staaten im Nahen Osten keine Staatsleute schaffen, dass sie aber sehr wohl in der Lage seien, ihre gewaltige Kraft einzusetzen, um den strategischen Kontext zu verändern, in dem diese Führer arbeiten, und dass sie damit auf ihre Motive Einfluss nehmen können. Dabei besitzen die nationalen Interessen der USA mit ihren breiten regionalen Horizonten absoluten Vorrang vor fremddefinierten Loyalitäten besitzen. „Wir sind nicht die Lieferanten für Kosher-Lebensmittel für eine jüdische Hochzeit“, herrschte der Autor Rabins Büroleiter Eitan Haber an, als Jordanien und Israel ohne amerikanische Einbindung den Friedensvertrag vereinbarten und Haber verlangte,

dennoch Ende Oktober 1994 eine größere Anzahl jüdischer Repräsentanten aus den USA zur Zeremonie im Grenzgebiet am Roten Meer einzuladen.

Die Mängel und Ausfälle waren kein gutes Omen für das Gipfeltreffen in Camp David. Von vornherein belastete das Misstrauen zwischen Barak und Arafat die Arbeitsatmosphäre; nur einmal trafen sie sich auf Einladung Albrights während jener zwei Wochen. Ansonsten bedienten sie sich ihrer Berater und des unermüdlichen US-Präsidenten, der seine Anwesenheit beim G-8-Gipfel in Okinawa auf 24 Stunden zusammenstrich. Der israelische Premier bemühte sich, seinen Gegner in die Enge zu treiben, und dieser versuchte, den Fallstricken zu entkommen. Nachdem die amerikanische „Syria first“-Strategie auf der Strecke geblieben war, zeigte sich der „Raís“ erleichtert.

Mehr noch: Arafat leitete daraus die Forderung ab, mit nicht weniger als hundert Prozent aller besetzten Gebiete Camp David verlassen zu wollen. Dabei wurde die politische Zukunft des „Heiligen Beckens“ in Jerusalem zum beherrschenden Thema des Treffens: die geteilte oder die vollständige Souveränität über die Altstadt, den Zionsberg, den Ölberg und den Garten Gethsemane. Demgegenüber zeichnete sich verschiedentlich die palästinensische Bereitschaft ab, die mittlerweile jüdisch bewohnten Teile Ost-Jerusalems von Givat Zeev im Norden über Maale Adumim im Osten bis Gilo im Süden den Israelis zu überlassen. In der Flüchtlingsfrage schien Arafat ebenfalls Kompromissen zuzuneigen. Das „Recht auf Rückkehr“ sollte an die Bereitschaft Baraks gleichsam verkauft werden, eine bestimmte Anzahl in Israel aufzunehmen. Andere Teilnehmer wie Saeb Erakat plädierten für die Vertagung der Entscheidung.

Die Argumente seiner zwei Berater Mohammed Dachlan und Mohammed Rashid zur Besonnenheit überspielend und in Abwesenheit seines Stellvertreters Machmud Abbas (Abu Mazen), der die Reise in die Sommerresidenz im Bundesstaat Maryland gar nicht erst angetreten hatte, steigerten Arafats Selbstbewusstsein: Israelis und Amerikaner seien dazu verdammt, seine Vorstellungen zu akzeptieren. Denn Barak musste sein Amt gegen wachsende Widerstände im Kabinett, in der Knesset und in der Öffentlichkeit Israels verteidigen, während Clinton ein halbes Jahr vor dem

Ende seiner Amtszeit auf sein politisches Vermächtnis in den Annalen der Weltgeschichte bedacht war.

Das spitzfindige Bemühen um legalistische Formeln für die Altstadt Jerusalems mit dem Ziel einer Gott gefälligen „Super-Souveränität“, einer palästinensischen „Sub-Souveränität“ oder einer geteilten „funktionalen Souveränität“ prallte regelmäßig an Arafats prinzipiellen Vorbehalten ab, der sich zudem zu der wiederholten Behauptung hinreißen ließ, der Zweite Tempel habe in Wahrheit in Nablus gestanden. Dass er damit ein Eigentor schoss, war ihm anscheinend nicht klar, denn die israelische Delegation hätte daraus die Forderung ableiten können, auf diese heilige Stätte mitten in der Westbank nachdrücklichen Anspruch zu erheben – als ob der biblische Mythos zur Begründung des Besitztitels nicht ausreichen würde, wonach Gott an der Eiche „More“ Abraham das Land Kanaan zugesagt habe (Gen. 12,6). Kaum bekannt sein dürfte hingegen Indyks Bemerkung, wonach für den sefardischen Oberrabbiner Eliahu Bakschi-Doron der Tempelbezirk so sakral sein, dass selbst die Ruinen seiner Heiligkeit nichts anhaben würden. Sein aschkenasischer Kollege Yisrael Lau hingegen habe einen solchen Verzicht als Verrat an dem nach 1967 immer stärker religiös konnotierten Zionismus und am jüdischen Volk abgelehnt⁸. Arafat stellte die Gegenfrage, welcher Gott eigentlich gemeint sei.

Aus dem Gefühl tiefer Frustration schaffte sich Clinton mehrfach Luft durch Zornesausbrüche. Sie trafen zwar auch Barak, weil dieser darauf vertraute, dass der Präsident Arafat eine Lösung aufzwingen werde. Schlussendlich blieb der Groll nur am „Chairman“ hängen, der sich aber wegen seines begeisterten Empfangs nach seiner Rückkehr aus Camp David entschädigt fühlen wollte. Seiner daraus abgeleiteten Konsequenz, am 13. September 2000 einseitig die Unabhängigkeit Palästinas zu erklären, wurde nicht zuletzt durch Wladimir Putin Einhalt geboten. Außerdem waren israelische Emissäre Arafats Besuchen in fünfzehn Hauptstädten in achtzehn Tagen vielfach zuvorgekommen.

Indyk bestätigt weitgehend die These des palästinensischen Soziologen Khalil Shikaki, wonach der Ausbruch der zweiten „Intifada“ aus einer Kombination mehrerer Faktoren bestand: neben dem Besuch Ariel Sharons auf dem Tempelberg / Haram al-Sharif, zu dem es eine Verständigung zwischen den beiden Sicherheitschefs Shlomo Ben-Ami und

Jibril Rajoub gab, und den nachfolgenden Gewaltausbrüchen einerseits und andererseits der Revolte der palästinensischen „Jungen Garde“, den „Tanzim (Organisation)“ um Marwan Barghouti, die Arafats Autoritätsverlust in weiten Teilen der palästinensischen Gesellschaft öffentlich dokumentierte und die nicht wieder wettzumachen war⁹.

Die zahlreichen Treffen zwischen israelischen und palästinensischen Diplomaten sowie die persönliche Einschaltung von Arafat, Barak und Clinton in das Gesprächsgeschehen konnten das sich abzeichnende Unheil nicht stoppen¹⁰. Dennoch ließ sich Clinton nicht daran hindern, bis in seine letzten Amtstage hinein unermüdlich neue Papiere mit Kompromissvorschlägen zur Beendigung des Konflikts auszuarbeiten und den Kontrahenten nach gebührend langen Abstimmungsprozessen vorzulegen. Die Akzeptanz seiner „Parameter“ vom 23. Dezember scheiterte an Arafats Drängen nach weiteren Erläuterungen, die um die „unteilbare Souveränität“ über den „Haram al-Sharif“ kreisten. Den letzten Anlauf im ägyptischen Badeort Taba zwischen dem 21. und 27. Januar 2001 beendete Barak, nachdem zwei israelische Geschäftsleute in einem palästinensischen Restaurant erschossen worden waren.

Welche möglichen Konsequenzen lassen sich aus Indyks Publikation für die Nahostpolitik Barack Obamas erkennen? Sechs Punkte seien hervorgehoben:

1. Druck aus Washington erzeugt im Nahen Osten Gegendruck. Auch schwache Verhandlungspartner finden im Ernstfall Mittel und Wege, sich amerikanischen Interessen und Vorstellungen zu entziehen, weil sie taktisch am längeren Hebel sitzen und weil von außen die populistisch-demagogischen Winkelzüge sowie die Untiefen der Herrschaftssysteme kaum durchschaubar sind.
2. Dass sich die Feinde des Friedens auch in Israel als stärker denn seine Befürworter erwiesen haben, führt Indyk unter anderem darauf zurück, dass ihnen „die endlosen bürokratischen Kämpfe, welche die politischen Entscheidungen in Washington beherrschen“, keine Gegengewichte entgegengesetzten. Wie Kurtzer in Zusammenarbeit mit Scott B. Lasansky vor ihm¹¹ beklagt der Autor die Disfunktionalität des für den Nahen Osten zuständigen Behördenapparates und fordert dessen nachhaltige

Neuordnung, deren Angehörige dem Präsidenten „full time“ und energisch zuarbeiten müssen.

3. Selbst wenn Israelis, Palästinenser, Syrer und Iraner auf ihren jeweiligen nationalen Interessen zu beharren suchen, kann Amerika dem Nahen Osten nicht den Rücken kehren. Künftige Präsidenten, schreibt Indyk, ohne dabei Obama zu nennen, sollten klare und realistische Ziele und eine integrierte Strategie entwickeln, mit denen sich die Regierungen in der Region identifizieren und die sie unterstützen können. Alle Seiten richten ihre Blicke eh auf Washington.
4. Durchschlagende Fortschritte in den israelisch-palästinensischen Verhandlungen sind die Voraussetzungen für die arabischen Nachbarn, ihre Beziehungen zu den USA und Europa zu definieren. Dabei müssen die Verhandlungen und die inneren Reformprozesse gleichzeitig, das heißt also auf mehreren Ebenen, geführt werden. „Jede Lockerung des diplomatischen Momentum öffnet den Spielern Tür und Tor, Schlimmstes zu tun“, ist Indyk überzeugt. Bushs Indifferenz hat das Beispiel für ein spätes und halbherziges Engagement geliefert, das den Konflikt weiter verschärfte.
5. Die Intimität zu Partnern kann den Blick für notwendige Entscheidungen verbauen, statt sie zu beflügeln. „Wir haben vergessen, dass das, was im Nahen Osten schiefgehen kann, gewöhnlich schiefgeht“, klagt der Autor. Was gegenüber Syrien trotz großer Meinungsunterschiede unter Einbindung Libanons und Irans mit einem einzigen diplomatischen Paukenschlag hätte gelingen können, lässt sich aufgrund des Axioms der strategischen Partnerschaft gegenüber Israel nicht durchsetzen. Auch der charismatische Charme Clintons hat daran nichts geändert.
6. Wenn die Zeichen nicht trügen, nimmt Obama die Erfahrungen Indyks insofern ernst, als er das notorische Sicherheitsargument Israels dadurch unterzulaufen sucht, indem er ihm für den Fall einer Konfrontation mit dem Iran durch zusätzliche Militärausrüstung die Spitze nimmt, um die Politik Jerusalems zu den vielfach beschworenen „schmerzhaften Kompromissen“ zu veranlassen.

Die „wachsende palästinensische demographische Bedrohung“, so der Autor zusammenfassend, werde Israel überdies binnen kurzem zu Wegen zwingen, die Okkupation der Westbank zu beenden. Diese Auffassung ist freilich mehrschneidig. Denn zum einen deuten die Bevölkerungsstatistiken darauf hin, dass die palästinensischen Geburtenüberschüsse geringer ausfallen, während sie unter der ultraorthodoxen Bevölkerung Israels wachsen. Zum anderen kommt Indyks Einschätzung der Abdankung von Politik und Diplomatie gleich. Denn sie besagt nicht mehr und nicht weniger, dass Juden und Araber, Israelis und Palästinenser prinzipiell nicht in Frieden miteinander leben können. Was eine solche Schwarzmalerei für die Zukunft des jüdisch-arabischen Verhältnisses in Israel und in Jerusalem bedeuten würde, bedarf keiner näheren Erläuterung.

Zum Schluss: Wie bei den anderen amerikanischen und israelischen Autoren, deren Publikationen von mir rezensiert worden sind, kommt Europa auch bei Martin Indyk als politisch gestaltende Kraft im Nahen Osten nicht vor. Diese Missachtung sollte die Regierungen auf unserem Kontinent zumindest zum Nachdenken ermutigen.

Reiner Bernstein

27.08.2009

mit Fortschreibungen im Anmerkungsapparat

¹ David Levy: On U.S. Middle East Policy and Amateurism, in „Washington Post“ 06.11.2009. Der Autor war vor seinem Wechsel zur „Middle East Task Force at the New American Foundation“ in Washington, D.C., zuletzt Rechtsberater im israelischen Team der „Genfer Initiative“. Mit seiner Kritik bezog er sich auf den widersprüchlichen Auftritt von Außenministerin Hillary Clinton am 31.10.2009 in Jerusalem. Vgl. die Eintragung an diesem Tage in der Menüleiste „Chronologie“ dieser Homepage.

² Dennis Ross: The Missing Peace. The Inside Story of the Fight for Middle East Peace. New York 2004, S. 93.

³ Bezeichnend Hanan Ashrawi: Walking the Path of Peace: Towards Palestinian-Israeli Reconciliation. An Interview by Andrew B. Lowenstein and Tarek E. Masoud, in „The Brown Journal of World Affairs“ III(Summer/Fall 1996)2, S. 71 ff., auf die Frage, ob Arafat demokratischen Prinzipien verpflichtet sei: „I do not like to talk about individuals. I always talk about situations, conditions, and issues.“

⁴ So Kurtzer bei seinem Referat des Tel Aviver Büros der „Genfer Initiative“ auf der Tagung „Ein Abkommen binnen dieses Jahres“ Mitte Januar 2008 in Herzliya.

⁵ Vgl. dazu die Rezension des Buches von Dennis Ross und David Makovsky „Myths, Illusions, and Peace“ (2009) in dieser Menüleiste. Ross selbst berichtet in

seinem Buch „The Missing Peace“, S. 108 f., dass er das Klima und den Rahmen seines langen Gesprächs mit Syriens Präsident Hafez Assad im Frühjahr 1993 in Latakia als angenehm, schön und herzlich empfunden habe.

⁶ Hanan Ashrawi: Walking the Path of Peace: Towards Palestinian-Israeli Reconciliation. An Interview by Andrew B. Lowenstein and Tarek E. Masoud, in „The Brown Journal of World Affairs“ III(Summer/Fall 1996)2, S. 71 ff. Vgl. meinen Beitrag „Verflogene Illusionen“ (weiterführend Anm. 8) in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ dieser Homepage.

⁷ Martin Indyk: A Trusteeship for Palestine?, in „Foreign Affairs“ (May/June 2003)3, S. 51 ff.

⁸ Vgl. Reiner Bernstein: Der verborgene Frieden. Politik und Religion im Nahen Osten. Berlin 2000, Kap. III.

⁹ Khalil Shikaki: Palestinians Divided, in „Foreign Affairs“ January/February 2002, S. 89 ff.

¹⁰ Vgl. Reiner Bernstein: Von Gaza nach Genf. Die Genfer Friedensinitiative von Israelis und Palästinensern. Schwalbach/Ts. 2006, S. 29 f.

¹¹ Daniel C. Kurtzer and Scott B. Lasensky: Negotiating Arab-Israeli Peace. American Leadership in the Middle East. Washington, D.C., 2008. Dazu die Rezension dieses Buches in dieser Menüleiste.